
Parlamentarismus und Massenstreik.
Von Rudolf Hilferding.

I.

Seitdem auf dem Amsterdamer Kongreß die große Auseinandersetzung über die sozialdemokratische Taktik geführt wurde, ist die Frage von Saurés an die deutsche Sozialdemokratie, warum ihre große Partei so wenig Einfluß auf die Regierung ihres Landes ausübe, immer wiedergekehrt. Und hier ist in der Tat das eigentliche Problem gelegen, das den taktischen Differenzen sowohl in der Internationale als in den nationalen Parteien zugrunde liegt.

Die Frage selbst aber entspringt notwendig aus dem Wesen des Parlamentarismus, der die Zähler einer Partei zum Exponenten ihrer politischen Macht zu machen scheint. Unter dem Gesichtswinkel des Parlamentarismus betrachtet ist es ein Widerspruch, daß dem Stimmenzuwachs nicht auch ein Machtszuwachs entspricht. Daß er aber in Deutschland offensichtlich nicht der Fall ist, so erscheint dies als Schuld einer falschen Taktik, die eben nicht versteht, ihre Macht auszunutzen, weil sie sich vor der Verantwortung scheut, oder aber als ein Mangel im deutschen parlamentarischen System, das nicht genug entwickelt ist. Etwas mehr Parlamentarismus, und der Einfluß der Sozialdemokratie werde endlich den gebührenden Raum einnehmen.

Je näher dieser Auffassungen sich auf das ausländische Beispiel berufen, etwa auf Frankreich, wo der reine Parlamentarismus der Sozialdemokratie großen Einfluß gewähre, oder auf Österreich, wo zwar der Parlamentarismus gleichfalls noch unentwickelt ist, aber eine geschickte Taktik der Sozialdemokratie einen sehr hohen Grad von Bewegungsfreiheit erkämpft hat und ihrer Politik einen gewissen Einfluß auf die Entscheidungen der Regierung gibt, dem in dem entwickelteren Deutschland die größere Partei nicht beistellt.

Der Schluß, der daraus gewöhnlich gezogen wird, lautet dann, daß eine zu wenig realistische Taktik einerseits, eine zu geringe Entwicklung des Parlamentarismus in Deutschland andererseits die Schulden dem zu geringen Einfluß der Partei trage. Die Taktik müßte also geändert werden, indem einmal alle Kraft auf die Stärkung und Erweiterung des Parlamentarismus zu konzentrieren sei; um dies Ziel zu erreichen, müssen sodann die Augenblickserfordernisse der Demokratie und Sozialpolitik schärfer betont werden. Dies sei um so leichter möglich, als der Sozialismus, den die „ökonomische Entwicklung“ ohnehin mit sich bringen werde, ja erst ein Wechsel auf eine lange und unabsehbare Zukunft sei.
Rudolf Hilferding: Parlamentarismus und Massenstreit.

Uns will es scheinen, als beruhe diese Auffassung auf einer allzu schematischen Betrachtung des parlamentarischen Instrumentes. Es wird zu sehr die bloße Zahl der Stimmen als Ausdruck politischer Macht genommen und übersehen, wie die Zahlen ebensowenig wie die Namen der Parteien an sich alles bedeuten und wie sehr es darauf ankommt, daß die Enderung in der gegenwärtigen Stellung der Parteien das politische Gewicht der Zahlen verändert.

Man betrachtet den Parlamentarismus gewöhnlich als ein Sicherheitsventil; der Parlamentarismus bringe dort, wo es genügend entwickelt ist, die in der Bevölkerung vorhandenen Gegensätze zum offenen und zahlreichen Ausdruck und gestatte somit eine genaue Abschätzung ihrer Stärke. Die Einsicht in die Machtverhältnisse der Parteien erspare jede weitere Erprobung in einem gewaltfamen Kampfe. An Stelle der gewaltsamen sei eine friedliche Entwicklung getreten, die ohne große Er schöpfung die Ablösung der Herrschaft der einen durch die andere Partei ermögliche.


Wenn trotzdem diese Wertung des Parlamentarismus als eines Mittels, alle gesellschaftlichen Konflikte in friedlicher Weise auszutragen, so viele Anhänger in allen Parteien zählt, so deshalb, weil die normalen parlamenta-
rischen Vorgänge dieser Ansicht recht zu geben scheinen. Vielleicht wird aber eine Analyse dieser Vorgänge, die allerdings in diesem Rahmen nur kurz und zum Teil schematisch sein kann, es ermöglichen, die Berechtigung einer anderen Ansicht zu erweisen.

II.

Es gibt im wesentlichen zwei Wege, die die parlamentarische Majorität ein- 
schlagen kann, um Majorität zu bleiben. Sie kann zunächst versuchen, jene 
Forderungen der Minorität, welche die meisten Verbraucher befürchten, zu einem 
mehr oder minder großen Teil selbst zu erfüllen, um so die Minorität den 
"Wind aus den Segeln zu nehmen". Diese Taktik wird dann am leichtesten 
möglich sein, wenn die Forderungen der Minorität nicht prinzipiell verschiedenen 
den der Majorität sind, ihre Erschließung die Herrschaft der Majorität nur 
modifiziert, bisher einseitige Weise aber damit für die Majorität gewonnen werden 
oder wenigstens der weitere Abfall bisheriger Anhänger vermieden wird. Durch 
diese Zugeständnisse hofft die Majorität die Minorität als solche zu verwegen, 
zum mindesten deren Majoritätsbewerbung möglichst lange hinauszuschieben. Ist 
aber der Gegensatz zwischen Majorität und Minorität prinzipieller Natur, so 
ist diese Politik zunächst gleichfalls möglich, gewinnt aber einen anderen 
Charakter. Sie wird demagogisch. Die Minorität macht Konzessionen in 
mindest wichtigen Dingen, indem sie hofft, auf diese Weise die Anhänger der 
Minorität mit ihrer Herrschaft zu verführen, Indifferente oder Schicht, die 
ihre bisher noch folgten, bei ihrer Stärke zu halten und so der Minorität die 
Erreichung der prinzipiell mit der Herrschaft der bisherigen Majorität unver- 
einbaren Forderungen unmöglich zu machen.

Im ersten Falle, wenn die Minorität tatsächlich Vertreterin stärkerer, aber 
mit der Majorität prinzipiell gleichartiger Interessen ist, wenn es sich etwa 
um den Kampf zweier Schichten innerhalb derselben Klasse handelt, so mag 
die Minorität schließlich ihre Forderungen allmählich verwirklicht sehen, wo es 
dann eine Frage zweiten Ranges ist, wenn auch nicht für die Personen der 
Politiker, wer diese Reformen durchführt.

Ganz anders aber, wenn es sich um prinzipielle Gegensätze, um einen 
Kampf zweier Klassen handelt. Dann wird die Majorität sehr bald am Ende 
Ihre Konzessionen angenagt sein, deren Maßstab ihr Klaffeninteresse bald die 
Grenze setzt; sie wird einfühlen, daß weitere Konzessionen nicht mehr ihre, 
sondern die Position ihrer Gegner stärken; ihre Taktik ändert sich, sie wird in- 
transigent und sucht die Minorität bei den Mächern zu diskreditieren durch 
den Nachweis, daß mit diesen Vertretern nichts zu erreichen sei, daß deren 
unrealistische und utopistische Politik nur die Majorität von allen Entgegen- 
kommens abschrecken müsse. Erscheint im früheren Falle die Minorität als ein- 
faßreich, indem sie die Gegner zur Nachgiebigkeit zwingt und Erfolge aufzu- 
weisen hat, so erscheint sie jetzt einfußlos und obmächtig, während die Gegner 
mehr als je rücksichtslosen Gebrauch von ihren Machtmitteln machen. Da 
aber das Wachstum der Parteien nur in sekundärer Weise von dem Ver- 
halten ihrer Gegner und ihren augenscheinlichen Erwachsenen abhängt, 
sondern in viel höherem Maße von der Stärke der Interessen, die die Parteien 
vertreten, so kann die Partei sehr angewachsen sein, während ihre augenschein- 
liecher in unmittelbare Erfolge sich umsehender Einfluß sehr zurückgegangen 
sein kann.
Die Minorität selbst wird je nach der Mehrheit, mit der sie sich ihres Gegenfaches zur Majorität bewußt ist, ihre Taktik einrichten. Der Übergang der Majorität zur Intransigkeit, der die Minorität erfolgslos machte, wird in ihr zum Teil das Bestreben erreichen, durch Abschwächung des prinzipiellen Gegenfaches, durch Vervorstellung ihrer nächsten, leicht realisierbaren Forderungen die Schärfe des Kampfes zu mildern, die Majorität für neue Konzessionen zu gewinnen.

Ist es der Majorität möglich, in diesem Stadium weitgehende Konzessionen zu gewähren — wie etwa die englische Bourgeoisie durch die Ausdehnung der Kolonien und die Verwertung des Weltmarktes instande war, die materiellen Forderungen der englischen Arbeiterklasse zu befriedigen — ist der prinzipielle Gegenfach nicht weit genug gebieten, um dieses Vorgehen sehr zweifelhaft oder auszuschließen escheinen zu lassen, dann mag ein mehr oder minder dauernder Kompromiß den parlamentarischen Kampf friedlich abschließen, bis es doch wieder zu neuen Kämpfen kommt.


Das parlamentarische System wird komplizierter, wenn an die Stelle zweier mehrere Parteien treten und besonders wenn, durch die Parteienpaltung begünstigt, eine vom Parlament in mehr oder minder hohem Grade unabhängige Regierung vorhanden ist. Diese kann ihre verhältnismäßig unabhängige Stellung nur behaupten, wenn keine Partei ausschlaggebend wird. Hier wird die Regierung im vorhinein geneinheit, mit verschiedenen Parteien zu verschiedenen Zwecken zu kompromitieren, bald der einen, bald der anderen zu Konzessionen zu verhelfen, sei es, um keine vollständig in den Augen der Wähler zu biszulibemien und sie dadurch übermäßig zu schwächen, sei es, um im Gegenteil durch eigene Auseinandersetzung mancher Forderungen die Wähler von der Unterstützung einer Partei, die ihre Herrschaft bedroht, abzuhalten. Ebenso sind die Parteien selbst, die allein nicht herrschen können, zu gegebenen Umständen und Konzessionen genötigt, die ihre Gegenfächlichkeit abzuschwächen und mildern. Keine Partei besitzt die Alleinherrschaft, aber dafür wird auch keine absolute einflusslos sein.

Solange das Proletariat noch schwach ist und seiner Ziele sich nicht bewußt, dient es den bürgerlichen parlamentarischen Parteien als Sturmbock für deren eigene Forderungen. Es wird Mittel für die politischen Zwecke der Parteien oder der faschistische Politik treibenden Regierungen. Für die Gesellschaft taucht das Proletariat Konzessionen ein. Von deren Größe einerseits, von der Gestaltung der ökonomischen und politischen Entwicklungs andererseits hängt die Dauer der unfühlbaren Stellung des Proletariats ab. Das Fehlen des prinzipiellen Gegenfaches innerhalb des Parlamentarismus erlaubt dem Bürgertum, das Parlament auszubauen, diesem die Herrschaft zu sichern, die Regierung vom Parlament völlig abhängig zu machen. Denn die politische Schwäche des Proletariats ist die Stärke des bürgerlichen Parlamentarismus, da sonst das Bürgertum Gefahr laufen würde, daß ein selbst-
bewusstes Proletariat das demokratisch gewählte Parlament aus einem bürgerlichen zu einem proletarischen Herrschaftsmittel gestalten könnte.


Erwachsen aus den Lebensbedingungen des Proletariats, konnte aber die Partei durch die Verfolgungen in ihrem Fortschritt nicht gehemmt werden. Ihr Wachstum wurde eine Drohung für die anderen Parteien, die um ihre Gefolgschaft zu sichern begannen. Die bürgerlichen Majoritätsparteien bemühten sich der Konkurrenz um die Arbeiterstimmen, die je nach den verschiedenen Parteien, die „reaktionäre Masse“ verliert in ihrer Konkurrenz um die Arbeiterstimmen, die je nach den verschiedenen in den Parteien vertreten Interessen verschieden getrieben wird, ihre Geschlossenheit.


Bis hierher die Entwicklung in Deutschland und in Österreich die gleiche. In Frankreich hatte die Niederlage der Kommune die Bourgeoisie von ihrer Macht vor dem Proletariat befreit, war die Republik gegründet, die sich zunächst nicht viel um das Proletariat zu kümmern brauchte, das, einein und mutlos, sich von seiner Niederlage nur langsam erholte und skeptisch sich von der politischen Beteiligung fernhielt.

In den letzten Jahren aber gewinnen die Dinge ein anderes Aussehen. In Österreich und Frankreich wächst die Sozialdemokratie allmählich, ihr
politischer Einfluß wird gleichzeitig und vielleicht in noch höherem Maße, als ihrem Wachstum entspricht, stärker. In Deutschland, wo das Wachstum der Partei bei weitem am raschesten vor sich geht, erscheint ihr Einfluß gering, ja mit dem weiteren Wachstum sich stetig zu verringern. Hier scheint ein Widerspruch vorzuliegen, und doch ist es nur das notwendige Resultat verschiedener ökonomischer Verhältnisse, die eine verschiedene Politik der herrschenden Klasse bedingen. Die Politik der Herrschenden wieder und nicht eine Verflechtung der Tatfakt der Sozialdemokratie ist es, die die Unterschiede ihres Einflusses bedingen.

In Deutschland ist die ökonomische Entwicklung am weitesten vorgeschritten; hier ist die Konzentration des Kapitals auf der einen, die Entstehung und Anhäufung großer Proletariermassen auf der anderen Seite so weit gediehen, daß die technischen und organisatorischen Vorbereitungen der sozialistischen Gesellschaft hier am ehesten gegeben sind. Der Sozialismus selbst, nicht mehr nur einzelne Forderungen des Proletariats an die gegenwärtige Gesellschaft stehen hier bereits in Frage. Das hindert, nebenbei bemerkt, natürlich nicht, sondern macht nur deshalb günstiger, daß noch eine Reihe von Vorbedingungen durch Erfüllung proletarischer Forderungen zu verwirklichen sind. Aber, was immer unser Standpunkt war, daß diese Forderungen an den Gegenwartestaat nicht ein Mittel der Verfassung, sondern eine Revolutionierung und Stärkung des Proletariats bedeuten, das wird damit auch zur Ergebnis der Gegner, deren Widerstand zunimmt mit der Angst, die hinter jeder Forderung des Proletariats den ganzen „Zukunftsstaat“ wittert — und mit Recht.


Der ausführend scharfe Gegensatz zwischen Agrariern und Industriellen besteht nicht mehr, ihre handelspolitischen Kämpfe haben aufgehört, und sie sind in der modernen Schutzwirtschaftpolitik zu gemeinsamen Nache verbündet, seitdem das Aktienwesen die immer größere Teilnahme der Agrarier an industriellen Interessen ermöglicht, die Kartellorganisation den Schutzgoll auch den entwickeltesten Exportindustrien erstrebenswert gemacht hat. Und dies Bündnis ist
besiegt durch das gemeinsame Interesse an der Machtanlehnung des Staates, am Militarismus, am Marinismus und einer kolonialen Expansionspolitik, deren Nützlichkeit beide Klassen auch in verschiedener Weise finden; es wird unzuverlässig, sobald das Wachstum der Sozialdemokratie die Grundlage ihrer Macht zu bedrohen scheint.

Dieselbe ökonomische Entwicklung, die das Proletariat vermehrt und die Sozialdemokratie groß gemacht hat, hat ebenso den Unterschied innerhalb der bürgerlichen Parteien verringert, auf einer höheren Stufe die „reactionäre Masse“ wieder hergestellt und dadurch die Geschlossenheit und die Widerstandskraft des Bürgertums vermehrt.

Je mehr aber die Sozialdemokratie wuchse, je mehr die anderen Parteien die Reste proletarischen Anhanges, die sie noch hatten, verlieren, desto mehr schwinden auch jene Rückzüge, die sie aus wahlpolitischen Gründen auf die Arbeiterchaft nehmen müssen, desto mehr lassen sie sich von rein bürgerlichen Klasseinteressen leiten. Auch hier vermehrt das Wachstum der Sozialdemokratie die Geschlossenheit ihrer Gegner. Heute ist es nur das Zentrum, das noch anspruchlose proletarische Masse in seiner Gesellschaft hat, das versucht, die Politik demagogischer Konzessionen fortzuführen.

Ist aber die ökonomische Entwicklung einmal so weit gediehen, daß die Verwirklichung des Sozialismus nur mehr als eine bloße Frage der politischen Macht erscheint, dann ist diese Taktik, die versucht, das Proletariat mit Konzessionen abzuspeisen, nicht mehr möglich. Sie erscheinen viel zu klein und unbedeutend, gemessen an der Möglichkeit, dem Klassenstaat und die Ausbeutung zu befeitigen.

Es scheinen sie aber dem Proletariat zu klein, so den herrschenden Klaffen zu groß. Denn es müßten diese Konzessionen sehr bedeutend sein, sollten sie irgend eine Macht aus Erfolg haben. Es müßten materielle Konzessionen sein, da politische Konzessionen die Partei des Proletariats ja in ihrer Bewegungs- und Agitationsfähigkeit nur stärken könnten. Diese Konzessionen müßten also sehr groß sein und damit die Interessen der herrschenden Klaffen empfindlich verletzen. Gleichzeitig ist aber ihr Erfolg durchaus unerträglich, da dem Proletariat schon klar bewußt ist, was auf dem Spiele steht, dafür die Gefahr um so größer, gerade durch diese Konzessionen nur die Macht der Sozialdemokratie zu stärken. Kein Wunder, daß die herrschenden Klaffen sich zu diesem Versuch nicht verleiten wollen.

In diesem dritten Stadium der Entwicklung sind der unmittelbare Einfluß und die direkten Erfolge der Sozialdemokratie also notwendig gering. Denn jetzt bleibt der herrschenden Klaffen nur die Hoffnung, durch Einschichtung der noch indifferenten Massen von dem Anschluß an die Sozialdemokratie abzuhalten. Keine Konzessionen! Denn jede Konzession stärkt nur die Sozialdemokratie, macht sie „übermäßig“, verstärkt den Glauben ihrer Anhänger, durch sie etwas erreichen zu können. Selbst dort und dann, wo einmal der Widerstand erlahmt, sucht man wenigstens den Schein zu retten, daß es nicht die Sozialdemokratie, sondern bürgerliche Parteien oder gar das „soziale König- tum“ sei, das etwas für die Arbeiterchaft geleistet habe. So erscheint jetzt die Sozialdemokratie ausgeschaltet aus der unmittelbar erfolgreichen Politik, ist Reaktion und Eintretung die Signaturen der deutschen Politik, noch verschärft und um so aufreizender, weil sie die Formen der Ausnahmegesetzgebung nicht mehr anzunehmen wag. Denn war noch im früheren Stadium der


So hat die rückständigere soziale Struktur die Gesellschaft in viel mehr Parteien gespalten, sie hat damit aber gleichzeitig auch die Stellung der Regierung geschwächt. Die deutsche Regierung hat in allen wichtigen Fragen immer mehr alle bürgerlichen Parteien hinter sich. Selbst wenn dies ausnahmsweise einmal nicht der Fall war, hat die bürgerliche Opposition keine rechte Aggressivkraft mehr, ist sie mit dem geringsten Scheinungsgeständnisses vollständig zufrieden. In Frankreich dagegen und auch bisweilen in Österreich kann sich die Regierung jebedermal einer Koalition feudal-bürgerlicher Parteien gegenüber sehen, der sie leicht erliegen kann.

Zu diesen Unterschieden, die unmittelbar aus der Verschiedenheit der sozialen Struktur entspringen, treten dann andere historisch-politischer Natur, die allerdings hier nur angedeutet werden können: In Österreich das Wahlrecht, das die Expansion der Sozialdemokratie noch unerreichbar erscheinen läßt, sowie die Ausbildung der Militärsachen und der auswärtigen Politik durch die Delegationen. In Frankreich die Spaltung des Proletariats, die die Bourgeoisie hoffen ließ, Teile des Proletariats zu gewinnen, und die Partei selbst hinderte, dem Bürgertum gerade dort mit voller Kraft Opposition zu machen, wo es am stärksten in seinen Interessen getroffen wird, in der Frage des Handels und der auswärtigen Politik, des Militarismus und der Kolonialpolitik.

Ausgeschlaggebend ist aber doch in erster Linie die soziale Struktur, die einmal das Wachstum der Sozialdemokratie als stets stärkere Bedrohung der bürgerlichen Gesellschaft, das andere Mal nur als eine Unannehmlichkeit, die eben in Kauf genommen werden muß, empfinden läßt. Sie erklärt auch zum größten Teile den Gegenstau der Politik der herrschenden Kläßen in Nord- und Südwestdeutschland, wo ein starkes Bauerntum und ein infolge der geringeren und langsameren industriellen Entwicklung verhältnismäßig schwächeres Proletariat Wahlrechtsverbesserungen ohne Gefahr möglich machte, so daß dies schwächere Proletariat dort größeren Einfluß zu besitzen scheint als das stärkere Proletariat in Preußen, Sachsen oder in den Niederländen.

So zeigt sich die auf den ersten Blick verunverdiente Tatsache, daß die Sozialdemokratie, je mächtiger sie in den Kläßen, desto unwuchtiger in ihrem unmittelbaren Einfluß auf die Politik ist, als notwendig entsprungen aus der Entwicklung der sozialen Verhältnisse. Je stärker die gesellschaftliche Stel-
lung, deshalb schwächer erscheint die staatliche Stellung der Partei. Es ist die Entfaltung jenes Gegensaches zwischen Staat und Gesellschaft, der in der russischen Revolution ganz bewußt erscheint; in der russischen politischen Terminologie werden Staat und Gesellschaft als gegensätzliche Begriffe einander gegenübergestellt.

Die parlamentarische Einflußlosigkeit der Sozialdemokratie ist somit nicht das Ergebnis einer schlechten Taktik, sondern notwendiges Produkt einer historischen Entwicklung, die den Gegensatz in der bürgerlichen Gesellschaft erst zur vollen Entfaltung bringen muß, ehe er überwunden werden kann.

Die sozialdemokratische Taktik selbs ist im wesentlichen durch dieses Verhalten der Gegner naturgemäß beeinflußt. Nur in einem Stadium, wo die Partei noch mäßig entwickelt ist, aber doch die Anfangserscheinungen schon hinter sich hat, wird es zu Divergenzen kommen, die bis zur Spaltung der Partei führen können. Denn nur dann hat die rein reformistische Einstellung innerhalb der Partei Auswirkungen, wenn sie auf sofortige Erfolge und Zugeständnisse der Gegner, die sie ihrer Taktik zuschreibt, hinweisen kann. Denn es ist ja das Wesen der reformistischen Taktik, daß sie die wesentlichen und blendenden Klasseinteressen des Proletariats zugunsten momentaner und minder wichtiger hinterlegt. Diese Taktik scheitert von selbst in dem Moment, wo irgendwelche Konzessionen von Seite der Herrschenden nicht mehr gemacht werden können, weil der prinzipielle Gegensatz bereits so klar herausgearbeitet ist, daß er durch keine Zugeständnisse mehr überbrückt werden könnte. Wenn in Deutschland auch in jenen zweiten Stadium keine Spaltung, ja nicht einmal weitgehendere Differenzen auffleman, so war es die politische Rechtfertigung, unter die die Partei gesetzt wurde. In gleicher Weise verhindert der Mangel des gleichen Wahlrechts in Österreich größere Divergenz der Meinungen. In Frankreich oder in Italien aber ist dieser „Einfluß“ der Partei zeitweise eine Gefahr für die Bewahrung ihres Klassecharakters geworden.

III.

das Parlament, desto geringer ist einmal die Intensität des politischen Lebens, desto größer die Angst derjenigen, die sich um Politik, wenigstens um die parlamentarische Politik, und um die Wahlen nicht kümmern. Desto größer aber ist auch die Ausicht, die Macht außerhalb des Parlaments einmal gegebenenfalls gegen das Parlament benutzen zu können. Daher das bestürzte Hinarbeiten der herrschenden Klassen in Deutschland auf die möglichste Auschaltung des Parlaments. Sie suchen ihre Macht auf andere Weise geltend zu machen, sei es durch direkte Beeinflussung der Regierungsgewalt mit Hilfe ihrer persönlichen Beziehungen zu deren Trägern, sei es durch den Druck, den sie mittels ihrer wirtschaftlichen Verbinden ausüben. Wo es sonst irgendwie angeht, suchen sie die Macht des demokratisch genossenen Parlaments einzuschränken durch die mögliche Erweiterung der Kompetenz der Landtage, wo sie unter sich sich. Der preußische Landtag ist einflußreich bei der Regierung, weil er keine proletarische Vertretung hat, der deutsche Reichstag einflußlos wegen seiner sozialdemokratischen Fraktion. Der Revisionismus will nur das Symptom kurieren, wenn er mehr Parlamentarismus verlangt und meint, damit eine einfache Forderung der Demokratie auszustatten. Er überlebt aber nicht mindestens nicht deutlich genug, das hinter dieser Forderung in Deutschland die Entscheidung über die politische Herrschaft zwei Klassen steht und damit die Frage der Gesellschaftsordnung gestellt ist. In dieser Machtflosigkeit des Parlaments aber liegt der Grund für eine menschliche Täuschung, die auch die Funktion des Parlaments als Sicherheitsventil immer problematischer macht. Da im Parlament die Sozialdemokratie keine unmittelbar entscheidende Macht darstellt, so entsteht in den nur parlamentarisch denkenden Köpfen die Neigung, auch in der realen Welt die Sozialdemokratie als quantitativ negligeables zu behandeln. Die Wünsche der Schutzmacher werden unterführt durch die Einbildung, die aus dem parlamentarischen Schein sich herausbildet, daß die Versorgung der Sozialdemokratie ohne allzu große Gefahren möglich ist. Der Weigen der Schutzmacher bleibt.

Das Proletariat dagegen wieder, einen Moment stützend gemacht durch seine parlamentarische Ohnmacht, besinnt sich auf seine reale Macht, die es einzufangen bereit ist, wenn es anders nicht mehr möglich ist. So ist in Deutschland trotz des allgemeinen Wahlrechts die Frage des politischen Machtrechts so lebendig geworden, die ursprünglich in Belgien wie in Österreich nur als Mittel zur Erweiterung des allgemeinen Wahlrechts entstanden ist. Dieser Unterschied aber ist zugleich ein Unterschied der verschiedenen Funktionen, die der Machtstreit erfüllen kann. Denn in weniger entwickelten Ländern sind die Fragen der Demokratie, wenn das Proletariat noch auf lange Zeit eine Minorität ist, Fragen innerhalb der bürgerlichen Gesellschaft, die nur ihre Herrschaft modifizieren, sie von der einen auf die andere Schicht übertragen mag, sie selbst aber zunächst unangefasst läßt.

Die gleichen Forderungen des Proletariats begegnen also je nach dem Stande der Entwicklung in verschiedenen Ländern ganz verschiedenen Widerständen von seiten der herrschenden Klassen. Daraus erklärt sich einerseits, daß Kampfmittel, die in einem Lande höchst erfolgreich und daher oft benutzt sind, in einem anderen Lande nicht oder nicht mehr angewendet werden können, weil der Widerstand der Herrschenden durch sie nicht mehr gebrochen werden könnte, ihre Erfolglosigkeit vielmehr der eigenen Partei nur schaden würde. Dann aber gewinnt auch jenes Kampfmittel, das unmittelbar eine Machtprobe

In Deutschland und in Österreich steht der politische Massenstreit auf der Tageordnung der Parteitage.


Deshalb ist der Massenstreit für Deutschland eine entscheidende Phase, ein Kampf, der bis zum Ende ausgespannt werden muß, der nur mit dem Siege des Proletariats enden darf, soll er nicht für das Proletariat eine schwere Niederlage werden. Nicht weil das deutsche Proletariat im Massenstreit eine Entscheidungs Schlacht kämpfen will, sondern weil die Gegner in jedem Massenstreit, in jeder und bei es noch so friedlichen und legalen Auseinandersetzung gegen ihre Herrschaft ihr nahestes Ende erblicken und ihn deshalb mit all ihrer Macht entgegentreten werden, ist der Massenstreit für Deutschland nur ein letztes entscheidendes Mittel in dem Kampfe zwischen Bourgeoisie und Proletariat.

Der politische Massenstreit ist also für Deutschland kein Demonstrationsmittel, weil es von den Gegnern als solches kaum ertragen werden kann. Er ist kein Mittel, das angewandt werden kann für irgend eine Eingefordernng, sondern ein Mittel, das, wenn alle anderen versagen, über die politische Herrschaft entscheiden wird. Wie immer auch der politische Massenstreit vom Proletariat gemeint wäre, seinen Gegnern wäre er die Todesdrohung. Ganz anders in Österreich. Hier kann der Massenstreit nichts anderes sein als ein besonders kräftiges Demonstrations- oder Preßlufthmittel für eine Forderung, deren Erfüllung dem Proletariat für seinen weiteren Fortschritt in der bürgerlichen Gesellschaft unentbehrlich scheint. Denn hier kommt die politische Herrschaft des Proletariats noch gar nicht in Frage. Der Widerstand der herrschenden

Diejenigen aber, welche die historische Stellung des Parlamentarismus in Deutschland nicht erkennen, ihn gleichsam nur rein quantitativ werten als zu wenig entwickelt gegenüber dem französischen, und nicht sehen, daß seine Schwäche bedingt ist durch die Stärke des Klassegegensatzes, täuschen sich über das Objekt des Kampfes und zugleich über den Widerstand, den sie in diesem Kampfe finden werden. Sie meinen, es handele sich um parlamentarische Reform, während es sich um eine gesellschaftliche Revolution handelt. Denn sobald das deutsche Proletariat siegreich aus einem Massenstreit hervorgegangen, die Regierung unterlegen, die Machtorganisation des Bürgertums überwunden ist, — dieses Proletariat würde das Parlament durch seinen Sieg völlig umgewandelt haben. Es würde ausgehört haben, ein bürgerliches Parlament zu sein, es wäre ein Herrschaftsmittel des Proletariats. Es heißt unseres Erachtens die Größe des Klassen-gegensatzes in Deutschland völlig verfehlen, wenn man hier den Massenstreit anders als einen letzten Schritt zur Eroberung der politischen Macht betrachtet.

Das mag denjenigen, die es ablehnen, sich Gedanken über die Ziele des Tages hinaus zu machen, nun in der Tat „eine müßige Zukunftspetulation“ bedeuten, und sie mögen meinen, daß ein Massenstreit zur Eingliederung des preußischen Landtagswahlsrechtes oder zur Abwehr der Wahlrechtsentzückung in Licht dem gegenüber weise Realpolitik bilde. Wir meinen aber, daß gerade in den entscheidenden Aktionen die Überlegenheit proletarischer Politik darin sich zeigen müßte, durch eingehende Analyse der Bedingungen und der Möglichkeiten des Kampfes die Gefahren durch ihre Kenntnis zu verringern. Es mag manchem sonderbar erscheinen, ist aber doch nur logisch folgerichtig, daß die Politik der „Gemäßigtigen“, die nur am Tage steht, an den Bedürfnissen des Tages und den Erkenntnissen des Tages, für das Proletariat viel gefährlicher werden kann, als die Auffassung der „Radicalen“. In diesem Falle bedeutet diese Auffassung für Deutschland die Unterschätzung der gegenwärtigen Kräfte, die in letzter Anzahl entstehen aus der pessimistischen Unterschätzung der Reise der ökonomischen Entwicklung und der Kraft des Proletariats. Sie sehen des- wegen in Deutschland auch dort nur eine Episode im Kampfe, wo es sich bereits um die Entscheidung des ganzen Krieges handelt.